

Montag, 20. November 1961

Blatt 2407

Bürgermeister Franz Jonas:

Wo bleiben die Bundeserziehungsanstalten?  
=====

Die Interessenverflechtung zwischen Bund und Gemeinde

20. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas, Sonntag, den 19. November, über das Fehlen von Bundeserziehungsanstalten und über die Interessenverflechtung von Bund und Gemeinde.

Der Bürgermeister führte aus: "Der Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates verhandelt eben in diesen Tagen den Bundesvoranschlag für das Jahr 1962. Ich habe leider Anlaß, wieder auf einen Notstand im Wiener Schulwesen aufmerksam zu machen, der trotz Reklamationen von verschiedenen Seiten noch immer nicht behoben ist. Ich habe zum gleichen Thema in meiner Sendereihe schon einige Male Stellung genommen. Es handelt sich um die Bundeserziehungsanstalten. Wie Sie wissen, sind diese Anstalten unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg vom damaligen Unterstaatssekretär Otto Glöckel ins Leben gerufen worden. Dieser große Schulreformer bezeichnetes als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die besten Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu sichern. Diesen Grundsatz wollte er auch für die Kinder jener Eltern angewendet wissen, deren Vermögensverhältnisse normalerweise den Besuch einer Mittelschule nicht erlaubten. Auf die Landkinder traf das noch mehr zu als auf die Stadtkinder. Denn zu den schlechten Einkommensverhältnissen der



Eltern kam noch die Unmöglichkeit, das Kind in die entfernte Stadt zu schicken, wo die nächste Mittelschule war. Wenn in dieser Stadt ein Verwandter wohnte, der das Kind während der Mittelschuljahre aufnahm, konnte noch halbwegs das Auslangen gefunden werden. Aber allen anderen Kindern, bei denen diese Möglichkeit nicht bestand, war trotz ihrer Begabung eine weitere Ausbildung über die Pflichtschule hinaus nicht möglich.

Die Bundeserziehungsanstalten waren ein neuer Schultyp. Sie verbanden die Mittelschule mit einem Vollinternat, sodaß die Schüler auch aus entfernten Teilen des Landes Aufnahme finden konnten. Für Wien und Niederösterreich öffneten vier Anstalten ihre Tore, zwei in Wien, und zwar Boerhavegasse und Breitensee, dann je eine in Traiskirchen und Wiener Neustadt. Die Entwicklung der Bundeserziehungsanstalten hat die Ansichten Glöckels in glänzender Weise bestätigt. Viele Männer und Frauen, die heute in Wissenschaft und Technik, in Kunst und Kultur einen geachteten Platz einnehmen, sind Absolventen der Bundeserziehungsanstalten, die damit ihrer Schule und ihren Lehrern den besten Dank abstatten.

Nach dem zweiten Weltkrieg wäre es sicher sehr schwierig gewesen, die Bundeserziehungsanstalten sofort wieder zu eröffnen. Die Schulgebäude wurden von den fremden Truppen besetzt, und als sie nach zehn Jahren unser Land verließen, waren die Gebäude kaum brauchbar. Für diese Versäumnisse kann man niemand einen Vorwurf machen. Aber wenigstens nachher hätte man an die Wiedererrichtung dieser so wichtigen Lehranstalten denken müssen. Daß es jetzt, 16 Jahre nach dem Kriegsende, noch immer nicht geschehen ist, wird von vielen Schulmännern, aber noch mehr von den Eltern bedauert. Denn es ist nicht so, daß kein Bedarf an Internatsschulen wäre. Im Gegenteil! Durch die Ausbreitung der Frauenberufstätigkeit und durch den verstärkten Zug der Landjugend zum Mittelschulstudium ist er noch größer geworden. Ich weiß, daß von gewisser Seite behauptet wird, die Wiedererrichtung von Bundeserziehungsanstalten sei überflüssig, weil sie nicht mehr gebraucht werden. Aber diese Behauptung wird allein schon durch die Tatsache widerlegt, daß nach dem zweiten Weltkrieg einige private Internatsschulen gebaut wurden.



Wie schaut es nun mit den Bundeserziehungsanstalten tatsächlich aus? Die ehemaligen Anstalten in Wiener Neustadt und Breitensee dienen jetzt Zwecken des Bundesheeres. Traiskirchen ist ein Flüchtlingslager und nur die Schule in der Boerhaavegasse ist wieder eine Bundeserziehungsanstalt für Mädchen. Also statt der früheren vier Anstalten ist nur mehr eine vorhanden. Für die männliche Mittelschuljugend von Niederösterreich und Wien gibt es überhaupt keine Möglichkeit, eine Bundeserziehungsanstalt zu besuchen, es wäre denn, man könnte sie in Liebenau bei Graz oder in Salzburg unterbringen. Dabei umfassen Niederösterreich und Wien mit drei Millionen Einwohnern fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung. Wer hätte den Mut, die Bedürfnisse dieser beiden volkreichsten Bundesländer dauernd zu ignorieren? Gerade jetzt wird so viel von der Notwendigkeit gesprochen, das Studium jeder Art zu fördern, um den immer größer werdenden Bedarf an intellektuellen Fachkräften zu decken. Es wäre eine Kurzsichtigkeit ohnegleichen, von dieser Förderung die begabten Kinder jener Familien auszunehmen, deren geringes Einkommen oder entlegene Wohnung eine höhere Schulbildung nicht erlauben würde. Ob es sich nun um das Kind eines Bauern oder Arbeiters, eines kleinen Beamten oder Gewerbetreibenden handelt, jedes von ihnen soll die Gewißheit haben, daß die Allgemeinheit die volle Entfaltung seiner Begabungen wünscht und nach besten Kräften fördert. So wie ich es schon einige Male in den vergangenen Jahren getan habe, muß ich deshalb auch dieses Jahr wieder den Herrn Unterrichtsminister an das ungelöste Problem der Bundeserziehungsanstalten erinnern und ihn dringend ersuchen, für ihre baldige Wiedererrichtung vorzusorgen.

Die Budgetberatungen, die gegenwärtig im Nationalrat stattfinden und in Kürze auch im Gemeinderat beginnen werden, geben den Anlaß, auch noch andere Probleme zu besprechen, die man wohl als Wiener Angelegenheiten bezeichnen kann, aber in finanzieller Beziehung auch den Bund beschäftigen. Als aktuelles Beispiel hierfür darf ich Sie an das Allgemeine Krankenhaus erinnern, dessen bevorstehender Neubau vereinbarungsgemäß je zur Hälfte vom Bund und von der Gemeinde Wien bezahlt wird. Die finanzielle Beteiligung des Bundes ist durchaus gerechtfertigt



da das Allgemeine Krankenhaus aus den Universitätskliniken besteht, die dem Bunde gehören.

Was für das Allgemeine Krankenhaus zutrifft, gilt auch für andere Gebiete, wo die Aufgaben des Bundes und der Gemeinde einander treffen. Aber - und nun beginnt die Sache kompliziert zu werden - diese Interessenverflechtung bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis zwischen Bund und Wien, sondern auch auf das Verhältnis zwischen dem Bund und allen anderen Bundesländern. Aus diesem Grunde betrachten alle Bundesländer mit großer Aufmerksamkeit die Verpflichtungen des Bundes gegenüber Wien; aber auch Wien prüft von Zeit zu Zeit die Leistungen des Bundes an die anderen Bundesländer. Das alles geschieht in der Absicht, in diesen wechselseitigen Verhältnissen möglichst gerechte Grundsätze wirken zu lassen, damit kein Teil unseres Volkes benachteiligt wird. Natürlich gibt es in dieser Beziehung Meinungsverschiedenheiten, weil jedes Bundesland glaubt, seine Bedürfnisse seien wichtiger als die dringenden Wünsche der anderen. Ich habe mir sagen lassen, daß solche Situationen auch sonst im Leben häufig vorkommen. Wenn also die anderen Bundesländer ihre Ansprüche in den Vordergrund rücken, so können ihre Wünsche nur dann erfüllt werden, wenn der Bund seine Leistungen an das eine oder an das andere Bundesland verringert. Es muß also auch Wien seine Stimme erheben und aufzeigen, welche Aufgaben und Bedürfnisse vorhanden sind, und unter welchen Bedingungen Abhilfe geschaffen werden kann. Auf einen möglichst gerechten Ausgleich der Interessen müssen sich dann der Bund und die Bundesländer doch einigen.

Es war verhältnismäßig leicht, diesen gerechten Ausgleich zum Beispiel beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Wohnungen zu finden. Hier hat man als Aufteilungsschlüssel den Umfang der Kriegsschäden in jedem einzelnen Bundesland festgelegt. Weil Wien fast 60 Prozent aller österreichischen Kriegsschäden zu erdulden hatte, wurde sein Anteil am Wohnhauswiederaufbaufonds seinerzeit mit 58 Prozent festgelegt. Diese Schlüsselzahl ist aber nicht mehr gerecht und muß unbedingt für Wien erhöht werden, weil mittlerweile eine Veränderung des Schadensumfanges eingetreten ist. Leider ist noch gar nicht abzusehen, wann die Auf-



gabe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erfüllt sein wird, weil noch immer 1.340 Ansuchen für 5.208 Millionen Schilling vorliegen, von denen 662 Ansuchen mit einem Betrag von 2.449 Millionen Schilling aus Wien stammen. Der Aufteilungsschlüssel beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ist für Wien sogar noch ungünstiger. Er wurde im Jahre 1951 auf Grund der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahl mit 31 Prozent vereinbart und seither nicht mehr geändert, obwohl sich beide Zahlen erhöht haben. Es sollte also gerechterweise der Wiener Anteil vergrößert werden, aber auf keinen Fall kann daran gedacht werden, ihn zu verkleinern. Derzeit liegen beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds unerledigte Darlehensansuchen in der Höhe von 2.702 Millionen Schilling vor, davon aus Wien Ansuchen im Betrage von 319 Millionen Schilling.

Ein anderes Beispiel der Interessenverflechtung zwischen Bund und Wien zeigen die Straßen- und Verkehrsprobleme. Ich habe schon einige Male darauf hingewiesen, daß Wien in dieser Hinsicht sehr stiefmütterlich behandelt wird. Von den rund 1.800 Kilometer Wiener Straßen werden bloß 15 Kilometer vom Bund erhalten, obwohl doch offenkundig ist, daß wesentlich größere Teile des Straßennetzes eine Bedeutung haben, die über den lokalen Verkehr weit hinausgeht. Gerade jetzt sind zwei wichtige Aufgaben zu lösen. Um den gestiegenen Verkehrsbedürfnissen nachzukommen, muß die Gemeinde Wien zwei neue Donaubrücken bauen. Die eine entsteht durch die Umwandlung der Nordwestbahnbrücke in eine Straßenbrücke, die zweite muß zur Gänze neu gebaut werden. Die Kosten für beide Brücken werden gering geschätzt 700 Millionen Schilling betragen. Nun kann niemand behaupten, daß diese Brücken nur dem innerstädtischen Verkehr dienen werden. Im Gegenteil! Sie werden auch für den Verkehr von und nach Niederösterreich sehr wichtig sein. Deshalb wird die Gemeinde Wien selbstverständlich an den Bund herantreten, um mindestens einen Kostenbeitrag für die Erbauung der Brücken zu erhalten.

Am Beispiel der Wiener Spitäler will ich Ihnen nachweisen, daß die Stadt Wien auch auf anderen Gebieten Leistungen vollbringt, die nicht nur den Wienern, sondern auch anderen Teilen



der österreichischen Bevölkerung zugute kommen. Wir haben in unseren Spitälern nie einen Unterschied zwischen Wienern und Nicht-Wienern gemacht. Welche finanziellen Auswirkungen das hat, will ich Ihnen kurz vorrechnen, und zwar will ich, um mich keiner Übertreibung schuldig zu machen, nur Mindestwerte verwenden. Wir haben in den Wiener Spitälern jährlich ungefähr vier Millionen Verpflegstage für alle Patienten zusammen. Für jeden Verpflegstag hat die Gemeinde ein Defizit von 95 Schilling, aus Steuermitteln zu bezahlen. Da 15 Prozent der Patienten von außerhalb Wien kommen, sind sie mit 600.000 Verpflegstagen beteiligt. Es ergibt sich daraus - ich rechne wieder 600.000 Verpflegstage zu 95 Schilling - ein Gesamtbetrag von 57 Millionen Schilling, den die Gemeinde Wien und somit die Wiener Steuerträger für die Patienten zu bezahlen haben, die von auswärts in unsere Spitäler kommen. Ich zitiere dieses Beispiel nicht, um über die Belastung zu klagen, im Gegenteil, wir sind froh, wenn wir auch Patienten von auswärts helfen können. Aber wir wollen damit nur in Erinnerung rufen, daß Wien nicht kleinlich ist, sondern seine Einrichtungen auch Nicht-Wienern in großzügiger Weise zur Verfügung stellt.

Meine heutigen Ausführungen sollen nicht den Eindruck erwecken, als würde ich für Wien eine bevorzugte Behandlung verlangen. Ich habe aber die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Interessen Wiens beachtet und gerecht behandelt werden.

Die große Zeit der Weihnachtseinkäufe hat schon begonnen. Wie in den vergangenen Jahre erlaube ich mir auch heuer wieder einiges dazu zu sagen. Die Gefahr ist sehr groß, beim Einkauf der Geschenke eine leichte Hand zu bekommen. Die Wünsche sind zahlreich, und die Möglichkeiten ihrer Erfüllung sehr verlockend. Ich will mich sicher in die privaten Verhältnisse nicht einmischen, aber doch daran erinnern, daß man für die Zeit nach Weihnachten und Neujahr auch noch Geld in der Tasche haben soll. Und noch etwas: Kaufen Sie nicht gleich im erstbesten Geschäft ein, sondern prüfen und vergleichen Sie Preise und Qualität. Preisdisziplin ist ein dringendes Gebot der Stunde! Kaufen Sie dort, wo man Sie gut bedient. Dort kaufen Sie billiger und besser, und Sie unterstützen damit gleichzeitig die Bestrebungen der realen und seriösen Kaufleute, die noch auf zufriedene Kunden Wert legen.



Straßenbenennungen im 10. und 21. Bezirk  
=====

20. November (RK) Der Kulturausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Verkehrsfläche im 10. Bezirk, die an der Ostseite des Jean Jaurès-Hofes entlang führt und die Migerkastraße mit der Raxstraße verbindet, als "Rudolfshügelgasse" zu benennen. Diese Gasse ist durch die Verbauung des Geländes mit städtischen Wohnhausanlagen entstanden und wird von der Linie 66 durchfahren.

Im Jahre 1859 wurde in ihrer unmittelbaren Umgebung das Gasthaus "Rudolfshügel" errichtet, um das sich eine Siedlung gleichen Namens entwickelte. Diese Bezeichnung hat sich im Sprachgebrauch bis heute erhalten.

Der Kulturausschuß hat weiter jene Verkehrsfläche im 21. Bezirk, die in Verlängerung des "Steinbügelweges" von der sogenannten Landstraße bis zur Hagenauer Straße führt, in den "Steinbügelweg" miteinbezogen. Außerdem erhält die Lang-Enzersdorfer Straße, die in der Verlängerung der Verkehrsfläche "Am Bisamberg" liegt, nunmehr in jenem Teil, der von der sogenannten Landstraße bis zum Steinbügelweg führt, ebenfalls die Benennung "Am Bisamberg".

- - -

Ausstellung im Pädagogischen Institut  
=====

20. November (RK) Morgen, Dienstag, den 21. November, um 11 Uhr, wird Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer in der Aula des Pädagogischen Institutes, 7, Burggasse 14-16, die Ausstellung "Mädchenhandarbeiten der Pflichtschulen Wiens" eröffnen. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Unterrichtsmethoden für Mädchenhandarbeiten an den Volks- und Hauptschulen.

- - -



Konzert im Volksheim Ottakring  
=====

20. November (RK) Am Mittwoch, dem 22. November, findet um 19.30 Uhr im Volksheim Ottakring ein Konzert statt, das mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien die Reihe gediegener musikalischer Darbietungen in Wiener Volksbildungsstätten fortsetzt. Mitwirkende sind das Wiener Streichtrio, Heinz Medjimorec am Klavier und die Sopranistin Annelies Hückl. Auf dem Programm stehen Werke von Josef Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven, Franz Schubert, Johannes Brahms und Frédéric Chopin.

Das Wiener Streichtrio setzt sich aus den Philharmonikern Wolfgang Poduschka (Violine), Karl Stierhof (Viola) und dem Solocellisten des Burgtheaters Otto Blecha zusammen. Es wurde im Jahre 1951 gegründet, und gibt seither regelmäßige Konzerte in Wien und den Bundesländern. Konzerttourneen nach Belgien, Italien, England und der Schweiz und zahlreiche Sendungen in ausländischen Rundfunkstationen legen Zeugnis ab, welche große Wertschätzung das Ensemble genießt.

Der 1940 geborene Pianist Heinz Medjimorec war ein Schüler Prof. Richard Hausers an der Wiener Musikakademie; trotz seiner Jugend konnte Medjimorec bereits zahlreiche bedeutende Erfolge erringen. Bei internationalen Wettbewerben gelang es ihm wiederholt, sich auszuzeichnen, so besonders beim Salzburger Mozartwettbewerb 1956, wo er den ersten Preis davontrug. Durch Konzerte in Brüssel, Paris und London hat sein Name auch international guten Klang bekommen.

Die Sopranistin Annelies Hückl hat ihren musikalischen Werdegang als Pianistin begonnen, bevor sie sich dem Gesangstudium widmete, das sie an der Wiener Musikakademie mit Auszeichnung absolvierte. Konzerte in Wien, Antwerpen, Aachen, Brüssel etc. sowie im Rundfunk brachten der jungen Sängerin, die auch als Kindersingschul-Lehrerin tätig war, durchwegs beachtenswerte Erfolge.



In Wien haben die Schutzimpfungen begonnen  
=====

20. November (RK) Heute vormittag haben in den städtischen Kindergärten und in den Volks-, Haupt- und Mittelschulen die oralen Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung begonnen. Außerdem nahm die Impfungsaktion auch an einigen Wiener Berufsschulen sowie in einer Lehrerbildungsanstalt ihren Anfang. Am Nachmittag fanden auch in den Bezirksgesundheitsämtern die ersten oralen Schutzimpfungen statt, in denen auch Erwachsene geimpft werden. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Dr. Glück besuchte am Vormittag das 2. Zentralberufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße, um sich über den Verlauf der Impfungsaktion zu informieren.

Für den ersten Abschnitt der Schutzimpfungen in Wien stehen 26 Liter Impfstoff bereit, die zu je zwei Tropfen verabreicht werden. Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat vor Beginn der Schutzimpfungen auf die insgesamt 800 Impfstellen rund 1.500 Kilogramm Würfelzucker verteilen lassen. Die Schutzimpfungen werden von mehr als 100 Ärzten und Ärztinnen durchgeführt. Sie werden dabei von Lehrern, Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen unterstützt. Bekanntlich können sich in Wien während der Dauer der Impfkation nicht nur Kinder und Jugendliche impfen lassen; auch Erwachsene erhalten kostenlos die gesundheitssichernden Tropfen.

- - -

Eröffnung der neuen Salztorbrücke  
=====

20. November (RK) Am Samstag, dem 25. November, wird Bürgermeister Jonas die neue Salztorbrücke über den Donaukanal eröffnen. Der feierliche Akt beginnt um 11.30 Uhr.

- - -



## Rinderhauptmarkt vom 20. November

=====

20. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 2 Ochsen, 8 Stiere, 151 Kühe, 1 Kalbin, Summe 162. Neuzufuhren Inland: 182 Ochsen, 286 Stiere, 733 Kühe, 144 Kalbinnen, Summe 1.345. Gesamtauftrieb: 184 Ochsen, 294 Stiere, 884 Kühe, 145 Kalbinnen, Summe 1.507. Unverkauft blieben: 24 Ochsen, 5 Stiere, 61 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 94; verkauft wurden: 160 Ochsen, 289 Stiere, 823 Kühe, 141 Kalbinnen, Summe 1.413.

Preise: Ochsen 10 bis 12.40 S, extrem 12.50 bis 13 S, Stiere 10.70 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 12.80 S, Kühe 7.70 bis 9.80 S, extrem 10 bis 10.50 S, Kalbinnen 11 bis 12 .20 S, extrem 12.30 bis 12.60 S; Beinlvieh Kühe 6 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 7.80 bis 10 S.

Bei unveränderter Qualität ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 23 Groschen, bei Stieren um 18 Groschen, bei Kühen um 19 Groschen, bei Kalbinnen um 13 Groschen. Er beträgt für Ochsen 10.87 S, für Stiere 11.44 S, für Kühe 8.22 S, für Kalbinnen 11.07 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

In der Zeit vom 11. November bis 17. November wurden 207 Rinder außer Markt bezogen.

- - -